

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

6. Dezember 1957

197/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. G r e d l e r , S t e n d e b a c h und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend Unstimmigkeiten bei der Feststellung des Einheitswertes von Grund
und Boden.

-.-.-.-

Ein Großteil der nach dem Bewertungsgesetze 1955/ Nr.148 neu fest-
zustellenden Einheitswerte von Grund und Boden, einschließlich der bebauten
Grundstücke, ist nunmehr durch die Finanzämter bescheidmäßig festgestellt
worden.

Anlässlich der Beratungen zum Bewertungsgesetz hat Abg. Dr. Gredler
sowohl im Finanzausschuß als auch im Plenum vor der keine Verfahrensvor-
schriften beinhaltenden Fassung des Bewertungsgesetzes (§53/3) gewarnt, da
dieser Mangel zu einer faktischen Delegation der Bewertung an die Gemeinden
führen müßte.

Das Bewertungsgesetz erblickt in bebauten Grundstücken und darauf
errichteten Gebäuden eine wirtschaftliche Einheit, die als solche zu bewerten
ist, während die Bewertungsverordnung Nr. 109/56 diese Einheitlichkeit nicht
wahrnimmt. Der Mangel präziser Schätzungsvorschriften im Bewertungsgesetz gibt
der Durchführungsgewalt der Verordnung allzusehr Raum, eine Erscheinung, die
insoferne nicht unbedenklich ist, als ja die Einheitsbewertung die Grundlage
für die Bemessung der Grundsteuer bildet. Zu ungewollten Auswirkungen führt
auch die Festlegung des § 10 des Bewertungsgesetzes, wonach die Bewertung von
Grund und Boden nach dem gemeinen Werte zu erfolgen hat. Mietwohnhäuser können
aber diesen Wert kaum erzielen, sind sie doch ohne Vorhandensein freier Woh-
nungen nur schwer anbringlich. Die Besitzer von Altwohnhäusern haben wohl die
Möglichkeit, eine Erhöhung der Grundsteuer auf die Mieter abzuwälzen, wodurch
dem Mieter eine Belastung, dem Vermieter aber kein Vorteil erwächst, da ja die
Grundsteuer der öffentlichen Hand zufließt. Bei Einfamilienhauseigentümern
wirkt sich die hohe Neubewertung besonders belastend aus, da eine Überwälzung
auf Mieter nicht in Frage kommt.

Um nicht die üblen Auswirkungen der ordnungsgemäßen Einheitsbewer-
tung ausreifen zu lassen, erscheint es notwendig, die Einheitswertfeststellung
auf eine gesunde Basis zu bringen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundes-
minister für Finanzen die

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister bereit, im Wege der Novellierung des Be-
wertungsgesetzes die aufsehenerregenden Unstimmigkeiten und Härten, die sich
durch die Einheitsbewertung ergeben haben, zu beseitigen?

-.-.-.-